Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 173. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 26. Juli 1928

Englische Sorgen.

Der schöne Wahlspruch Alt-Englands vor dem Kriege und auch noch in der ersten Zeit des Krieges selbst: „Business as usual“ — „das Geschäft geht wie gewöhnlich“ — gilt dort nicht mehr. In der Nachkriegszeit ist man trotz des Sieges über den gefährlichen deutschen Konkurrenten wirtschaftlich aus den Sorgen nicht herausgekommen und so mancher Kaufmann in der Londoner City, der einst nur ein paar Stunden in sein Geschäft ging, vor allem ein mehr als ausgiebiges Weekend veranstaltete, muß jetzt eifrig arbeiten und überall sitzt in den Kontoren das graue Gespenst der Sorge.

In den letzten Jahren ist es eigentlich immer schlimmer geworden; vergeblich versuchte man, der besonders notleidenden Kohlenindustrie mit Unterstützungen zu Hilfe zu kommen, die England 400 Millionen Mark kosteten und mit dem Ausbruch des großen, fast unheilbare Wunden schlagenden Bergarbeiterstreiks endeten. Auch der Sieg über die Arbeiterschaft führte dann nicht zu einer Gesundung; so unrecht hat der Führer der Arbeiterpartei im Unterhaus, Macdonald, nicht, wenn er jetzt in einer großen Debatte über die englische Wirtschaftslage es als Tatsache festnagelte, daß 200 000 englische Bergarbeiter nicht mehr damit rechnen könnten, aus ihrer Arbeitslosigkeit heraus- und wieder in ihre Beschäftigung hineinzukommen. Grau in grau malte die Wirtschaftslage auch der englische Ministerpräsident Baldwin, der freilich zusammen mit seiner Partei alles daransetzen muß, möglichst bald wenigstens etwas bessere Verhältnisse zu schaffen. Denn die Wahlen stehen vor der Tür, und es wird nicht zuletzt von den Stimmen der Arbeiterschaft abhängen, wie die künftige Regierung aussehen wird.

Das eine steht jedenfalls nach den Ausführungen Baldwins in der Unterhaussitzung fest: Englands Regierung will, um eine bessere Beschäftigung der Industrie herbeizuführen, in noch ausgiebigerem Maße zu ihrer Hochschutzzollpolitik zurückkehren, als das bisher schon geschehen ist und dahin führte, daß in Deutschland ernsthaft die Kündigung des Handelsvertrages mit England erwogen wird. Baldwin selbst wird kaum damit rechnen, daß die von ihm geplanten Maßnahmen — dabei steht die soeben durchgeführte Herabsetzung der Kohlenfrachttarife im Vordergrund — mehr als Wirkungen für den Augenblick oder die nächste Zeit haben können. Er sieht genau, wo das Übel eigentlich steckt. Es ist die durchaus mangelhafte Modernisierung weiter Gebiete der englischen Industrie. Nicht etwa trifft dies bloß bei der Kohle zu, sondern auch bei der kaum minder wichtigen Eisen- und Stahlindustrie. Auch hier soll jetzt der Hochschutzzoll die ausländische Konkurrenz fernhalten. Dieser Wirtschaftszweig ist zurzeit nur für etwa 60 Prozent seiner Erzeugungsmöglichkeit beschäftigt, nicht anders ergeht es den Schiffbauwerften — und doch hofft man immer noch, nur durch äußere Maßnahmen, wie engste Verbindung mit den Dominions, vor allem durch eine rigorose Zollpolitik ohne Verlust den alten Stand wiedergewinnen. Baldwin ist anderer Ansicht; er sieht, wie notwendig stärkste Rationalisierung ist, verweist dabei aber auch auf die bittere Notwendigkeit, daß das Opfer dieser Rationalisierung aller Industriezweige zunächst einmal die Arbeiterschaft sein wird. Englands Arbeitslosenziffer ist beträchtlich höher als die deutsche, aber die deutsche Arbeiterschaft hat im Kohlenbergbau jene bitteren Folgen der Rationalisierung ebenso durchmachen müssen wie in der Schwerindustrie. Und nun gar die blühende, einst so blühende Textilindustrie Englands, die die Welt versorgte! Riesige Gebiete sind für ihren Absatz verlorengegangen. Indien vor allem, das einst Hauptabnehmer war, hat sich ebenso unabhängig von Lancashire gemacht wie zum großen Teil auch Ägypten und Südamerika. Es ist fast so, als ob der innerlich allzu konservativ gesinnte englische Geschäftsmann das alles nicht einzusehen vermag, nicht erkennen will, daß die Welt und die Weltwirtschaft anders geworden sind — trotz des englischen Sieges im Weltkrieg.

Und nun kommt das Interessanteste in den Ausführungen Baldwins: die englische Regierung scheint tatsächlich jetzt energisch daranzugehen, die Überführung größerer Massen von Arbeitslosen in die Kolonien einzuleiten. Wieweit das allerdings möglich sein wird, Leute nach Übersee zu schicken, hängt davon ab, ob der Arbeitslose in seiner neuen Heimat Arbeit findet, aber auch sonst einigermaßen zufriedenstellende Verhältnisse antrifft. 1,2 Millionen Arbeiter in England noch länger auf der Straße beschäftigungslos herumlungern und den Kommunen zur Last fallen zu lassen, hält man nicht mehr für möglich und man hat deswegen bereits einen Unterstaatssekretär auf die Reise geschickt, der in Kanada, Australien und Neuseeland die Möglichkeiten einer systematischen Arbeitereinwanderung und -ansiedlung prüfen soll. Wobei es sich allerdings fragt, ob diese Kolonien über diesen Zustrom gerade sehr entzückt sein werden!

So hat das große englische Weltreich seine schweren Sorgen. Schließlich ist ja in allen Staaten der Welt, auch in Amerika, das Leben nicht mehr so leicht wie in der Vorkriegszeit, ist überall ebenso der Kampf um das Dasein des einzelnen schwerer und nervenaufreibender geworden wie der Wirtschaftskampf der Staaten und Länder gegeneinander.

Amerika hilft den Chinesen

Washington will das neue China anerkennen.

Zu Verhandlungen bereit.

In starkem, aber einigermaßen verständlichem Gegensatz zu Japan stellt sich die Regierung der Vereinigten Staaten zu den Selbständigkeitsbestrebungen in China ein. In Washington hat der amerikanische Staatssekretär Kellogg eine Note an die nationale chinesische Regierung in China abgefaßt, die allem Anschein nach schon übergeben worden ist. In dieser Note nimmt Amerika einen durchaus freundlichen Standpunkt zu der von den Chinesen angestrebten neuen Ordnung ein und erklärt sich bereit, über die Wünsche auf Aufhebung der ungleichen Verträge mit anderen Nationen zu verhandeln.

Die amerikanische Note gibt bekannt, Amerika wolle gern Verhandlungen über Revision der Verträge mit China aufnehmen. Die Anerkennung der neuen Regierung soll erfolgen, wenn Gewähr dafür gegeben ist, daß genügend Vorsorge für die Sicherheit der amerikanischen Staatsangehörigen und den Schutz ihres Eigentums in China getroffen ist. Sollten die übrigen Mächte zögern, dem amerikanischen Beispiel zu folgen, so würden die Vereinigten Staaten selbständig vorgehen. Die amerikanische Regierung ist gewillt, China auf halbem Wege entgegenzukommen und die Festigung des neuen Regimes zu erleichtern.

Stärkung für Nanking.

Die amerikanische Stellungnahme bedeutet natürlich eine ungeheure Stärkung der von Nanking aus die endliche Befriedung des Chinesischen Reiches versuchenden siegreichen chinesischen Südpolitiker, namentlich in einem Augenblick, in dem Japan sich bereit macht, unter Umständen mit Truppenmacht deren Wünsche zu unterdrücken, und andere interessierte Staaten, wie Frankreich und England, mindestens die kalte Schulter zeigen.

Das Marineamt in Washington ordnete die Zurückziehung von 1500 Mann Marinetruppen aus Tientsin an, wodurch die amerikanischen Truppen in China um ein Drittel vermindert werden. Die Abberufung des noch in China verbleibenden amerikanischen Truppenkontingents darf in wenigen Wochen erwartet werden.

Spannung Polen—Litauen.

Bewaffnete Zusammenstöße.

Zwischen Polen und Litauen werden nicht bloß Noten über den Völkerbund hinweggewechselt, sondern an der Grenze der beiden Länder auch Schüsse. Polen klagt darüber, daß mehrere polnische Soldaten, die die Grenzen abpatrouillierten, aus dem Hinterhalt von litauischen Schützen überfallen worden seien; ein Pole sei getötet, ein zweiter schwer verletzt, und das sei schon der zweite Fall innerhalb einer Woche, daß polnische Grenzwachen von Litauern beschossen werden.

Der litauische Staatspräsident hat gleichzeitig an den Völkerbund eine Note gerichtet, in der er sich über Polen beschwert, weil nämlich in der Warschauer Presse eine Meldung über bevorstehende polnische Manöver ausgerechnet im Wilnagebiet erschienen sei. Während man auf beiden Seiten in jedem Sommer an der Grenze Artillerieschießübungen veranstalte, ohne daß dies gegenseitige Bedenken errege, verhalte es sich anders mit der Frage von Armeemanövern in der Nähe der Demarkationslinie. Das Zusammenziehen polnischen Militärs in größerer Zahl würde die Litauer veranlassen, auch ihrerseits die militärischen Punkte zu verstärken, um jeder Gefahr gegenüber gerüstet zu sein. Zwischenfälle könnten infolgedessen leicht eintreten.

Ferner fühlen sich die Litauer außerdem noch dadurch „gefährdet“, daß in Wilna demnächst ein großer polnischer Legionärkongreß stattfinden soll, auf dem Pilsudski selbst eine politisch bedeutsame Rede über den polnisch-litauischen Konflikt halten wird, vor allem also über Wilna, das ja durch die neue litauische Verfassung zur Hauptstadt Litauens erklärt worden ist. Dieses ganze Hin und Her zwischen den feindlichen Nachbarn beweist aber, daß die Bemühungen des Völkerbundes, dort eine Einigung wenigstens anzubahnen, bisher noch vergeblich geblieben sind. Die Warschauer Presse ist über die litauische Note entrüstet; so wird sie von dem Pilsudski-Blatt „Glos Prawdy“ als eine gegen die ganze Welt gerichtete Verlautbarung, eine Überfallsdrohung auf die alljährlich übenden polnischen Truppenabteilungen bezeichnet.

Englischer Druck auf Litauen

London, 25. Juli. **Außenminister Chamberlain erklärte am Mittwoch nachmittag auf eine Anfrage im Unterhause, der britische Gesandte in Riga sei angewiesen worden, dem litauischen Außenminister gegenüber nachdrücklich zu betonen, es sei wünschenswert, daß Litauen den Empfehlungen des Völkerbundsrates bezüglich der polnisch-litauischen Streitfälle stattgebe. Wie er unterrichtet sei, wären ähnliche Vorstellungen erfolgt oder würden noch erfolgen durch die Gesandten Frankreichs und Deutschlands. Der britische Gesandte in Riga habe bisher noch nicht Bericht erstattet.**

Die Wirtschaftsdebatte im Unterhaus endete mit der Ablehnung des von Macdonald eingebrachten Mißtrauensvotums. Es fiel mit 331 gegen 151 Stimmen. Von konservativer Seite wurde ein Zusatzantrag eingebracht, der die bereits von der Regierung abgelehnte Forderung von Eisen- und Stahlzöllen auf Grund des Industrieschutzgesetzes vertritt. Dieser Antrag wurde mit 305 gegen 136 Stimmen abgewiesen; auch zahlreiche Konservative stimmten also gegen ihn.

Anschlußkundgebung in Graz.

„Ein Volk, eine Nation, ein Staat.“

In Anwesenheit zahlreicher hervorragender Gäste und Vertreter aller deutschen Parteien wurde im fahnengeschmückten Gemeinderatssitzungssaal zu Graz die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Graz des Österreichisch-deutschen Volksbundes abgehalten.

Bürgermeister Muchitsch sagte zur Begrüßung, auch die am südwestlichsten und hart an der jugoslawischen Grenze liegende steirische Landeshauptstadt wolle der Anschlußbewegung ihren Impuls geben, ausgehend von dem Grundsatz: Ein Volk, eine Nation, ein Staat. Der deutsche Reichstagspräsident Löbe führte aus, man strecke die Hand nicht aus nach einem fremden Gut und fremden Volk, sondern man appelliere an das Gesetz, das die Entente selbst aufgestellt hat, dem deutschen Volk aber verweigert. Lassen Sie uns, schloß Löbe, in diesem Sinne weiter an der großen Idee der nationalen Einigung arbeiten. Es wird der Tag kommen, an dem in den Deutschen Reichstag auch die Vertreter Österreichs einziehen werden.

Die Versammlung nahm sodann die behördlich genehmigten Statuten an und wählte die Ortsgruppenleitung. Dem Akt wohnten auch viele reichsdeutsche Reichstags- und Landtagsabgeordnete aller Parteien bei. Der Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Rintelen, gab am Abend gemeinsam mit dem Bürgermeister Muchitsch den reichsdeutschen Gästen ein Festessen. Mittwoch begab sich Reichstagspräsident Löbe nach dem Burgenland.

Köln empfängt die Deutsche Turnerschaft.

Begrüßungsabend im Gürzenichsaal.

Im festlich geschmückten Gürzenichsaal fand der offizielle Empfang der Deutschen Turnerschaft durch die Stadt Köln statt. Unter den zahlreichen Ehrengästen bemerkte man u. a. den Minister a. D. Külz, die Ministerialdirektoren Ottendorf und Malwitz, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Dr. Fuchs und den Regierungspräsidenten Elfgen.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer

hieß in seiner Rede die Erschienenen herzlich willkommen und erklärte, das Hauptziel der Deutschen Turnerschaft sei Dienst und Pflege am deutschen Volke. Im weiteren Verlauf seiner Rede betonte er, daß die Fortschritte der Technik den Krieg zu einem furchtbaren Geschehnis machen würden, und daß jeder mit allen Fasern seines Herzens darauf hinarbeiten müsse, daß die Völker sich verstehen, damit der Krieg die Menschheit verschone.

Das deutsche Volk frei zu machen, auch innerlich frei zu machen, sei ein weiteres Ziel der Jünger Jahns. Die Deutsche Turnerschaft vereinige in ihren Reihen alle Klassen, ihr oberstes Ziel sei es, sittliche Werte zu schaffen. Der Redner schloß mit einem Hoch auf das Vaterland, worauf die Versammelten das Deutschlandlied sangen.

Der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Professor Dr. Berger, dankte dem Oberbürgermeister im Namen der Deutschen Turnerschaft. Der Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Dr. Diem, sprach im Namen des Reichsausschusses die besten Wünsche für das Gelingen des Turnfestes aus. Dr. Neuendorf, der zweite Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, legte in längeren Ausführungen die Sehnsucht der deutschen Turner nach einem deutschen Volke dar. Was die Sänger in Wien wünschten, das wünschten auch die Turner. Der Präsident des amerikanischen Turnerbundes, Seibel, überbrachte die besten Grüße der amerikanischen Turner.

Die Rheinstaffel Basel—Köln.

Eine riesige Menschenmenge erwartete in Köln auf

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF